V-13-005-2: Sportstätten für Berliner*innen, statt für Olympia ´36

Antragsteller*innen Matthias Oomen (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Von Zeile 5 bis 29:

~~Dafür müsste zuerst das Internationale Olympische Komitee (IOC) seine Vergaberichtlinien erst grundlegend reformieren. Und wenn der Bund dann ein nachhaltiges, klimaneutrales und ökologisches Konzept für die Durchführung von olympischen und paralympischen Spielen vorlegen und die notwendigen Infrastrukturinvestitionen finanzieren würde, könnte über eine Bewerbung unter Beteiligung der Berliner*innen gesprochen werden.~~

~~Das Jahr 2036, 100 Jahre nach den Nazi-Propaganda-Spielen 1936, ist aus naheliegenden Gründen mehr als problematisch, ein markaberes Signal ginge dann von Deutschland aus. Allein ein solches Vorhaben in Erwägung zu ziehen, hätte von Anfang und über die Landesgrenzen hinweg besser abgestimmt sein müssen. Alles andere ist diplomatisch extrem ungeschickt, historisch fragwürdig und lässt die weltoffene Hauptstadt in keinem guten Licht dastehen.~~

~~Auch die finanzielle Belastung für Berlin ist nicht zu verantworten: Allein eine Bewerbung kann um die 30 Millionen Euro kosten. Ist sie erfolgreich, belaufen sich die Gesamtkosten auf einen zweistelligen Milliardenbetrag. Damit würde sich das Land Berlin hoch verschulden und die dringend benötigten Investitionen in Berliner Infrastruktur nachhaltig erschwerden.~~

~~Dabei braucht Berlins Sport dringend mehr finanzielle Mittel. Marode Sportstätten, fehlende Plätze und Hallen und der schlechte Zustand der Berliner Bäder sind nicht hinnehmbar. Bevor eine Bewerbung für olympische Spiele in Frage kommt müssen die von Berliner Sportler*innen genutzten Sportstätten fit gemacht und der Profi- und Breitensport in der Stadt unterstützt werden, anstatt in große Sportstätten zu investieren, die nach den Spielen nicht weiter in einem ausreichenden Maß genutzt werden. Denn Berlin hat einen wahnsinnigen Sanierungsstau. Bündnis90/Die Grünen Berlin fordert daher einen Gesamtplan für die Entwicklung unserer Sportstätten und endlich eine gesicherte Regelfinanzierung für Modernisierungen und Umbau.~~

Dafür müsste zuerst das Internationale Olympische Komitee (IOC) seine Vergaberichtlinien und sein ethisches Verhalten grundlegend reformieren und verbessern. Das IOC hat immer wieder berechtigte Kritik auf sich gezogen.

Wir GRÜNE fordern eine Verhaltensänderung des IOC!

Zu den Hauptpunkten unserer Kritik gehören:
Transparenz: Wir GRÜNE fordern eine transparentere Gestaltung der Entscheidungen und Vergabeprozesse des IOC. Es ist wichtig, dass eine offene und nachvollziehbare Auswahl der Austragungsorte gewährleistet wird. Dadurch können wir Verdächtigungen von Begünstigung oder Korruption entgegenwirken und für mehr Vertrauen in den Vergabeprozess sorgen.
Korruption: Wir GRÜNE fordern vom IOC, dass es strikte Maßnahmen ergreift, um Korruptionsvorwürfen entgegenzutreten und das Vertrauen wiederherzustellen. In der Vergangenheit wurden dem IOC Bestechung und unethisches Verhalten bei der Vergabe der Spiele vorgeworfen. Um solche Praktiken zu verhindern und für Integrität und Fairness zu sorgen, müssen entschiedene Schritte unternommen werden. Es ist unerlässlich, dass das IOC klare Richtlinien und Kontrollmechanismen einführt, um Korruption effektiv zu bekämpfen und einen ethischen und transparenten Vergabeprozess sicherzustellen. Nur so kann das IOC seine Glaubwürdigkeit wiederherstellen und sicherstellen, dass die Olympischen Spiele auf einer soliden und ethisch einwandfreien Grundlage stattfinden.
Finanzielle Belastung: Wir GRÜNE kritisieren die hohen Kosten, die mit der Ausrichtung der Olympischen Spiele einhergehen. Es ist besorgniserregend, dass Gastgeberstädte und -länder oft mit einer enormen finanziellen Belastung konfrontiert werden, die langfristige negative Auswirkungen haben kann. Das IOC trägt die Verantwortung, sicherzustellen, dass die Kosten realistisch und tragbar sind. Wir fordern, dass das IOC Maßnahmen ergreift, um die finanzielle Nachhaltigkeit der Spiele zu gewährleisten. Die Ausgaben sollten sorgfältig geplant und sinnvoll investiert werden, um langfristigen Nutzen für die Stadt und die Region zu schaffen. Es ist wichtig, dass die Spiele nicht auf Kosten anderer wichtiger Bereiche wie Bildung, Gesundheitswesen oder Infrastruktur gehen. Allein für die Bewerbung muss Berlin 30 Millionen Euro aufwenden. Dies ist nicht verhältnismäßig.
Soziale Auswirkungen: Wir GRÜNE teilen die Bedenken, dass die Austragung der Olympischen Spiele nicht immer die erhofften positiven sozialen Auswirkungen hat. Es ist beunruhigend, dass in Ausrichter-Städten häufig Ressourcen von anderen

wichtigen Bereichen wie Bildung und Gesundheitswesen abgezogen wurden, um die Spiele zu finanzieren und zu ermöglichen.

Menschenrechte: Wir erwarten, dass das IOC dauerhaft Bewerbungen aus Staaten ausschließt, die sich nicht Menschenrechtskonform gegenüber Bürger*innen oder Arbeiter*innen verhalten könnten. Wir erwarten, dass nur noch zweifelsfreie Rechtsstaaten berücksichtigt werden.
Wir fordern das IOC auf, sicherzustellen, dass die Spiele einen nachhaltigen Nutzen für die lokale Bevölkerung bringen und soziale Investitionen fördern. Die Ausrichtung der Spiele sollte als Chance genutzt werden, um positive Veränderungen in der Gemeinschaft zu bewirken. Das IOC sollte sich aktiv dafür einsetzen, dass die Spiele einen langfristigen sozialen Nutzen haben und dass lokale Infrastrukturprojekte, Bildungsprogramme und soziale Initiativen unterstützt werden. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Spiele nicht nur ein kurzfristiges Ereignis sind, sondern einen bleibenden positiven Einfluss auf die Gesellschaft hinterlassen.
Wir erwarten vom Berliner Senat:

- Die Kritikpunkte am IOC und an der Durchführung der Olympischen Spiele müssen klar benannt werden. Selbst wenn dies die Chancen einer erfolgreichen Bewerbung senken könnte. Denn in diesem Fall wäre das Verschweigen der Kritikpunkte eine stillschweigende Akzeptanz.

- Für die Bewerbung ist es von entscheidender Bedeutung, ein ganzheitliches, sozial abgestimmtes Konzept vorzulegen, das auf Nachhaltigkeit, Klimaneutralität und ökologischer Verträglichkeit basiert und die Durchführung der Olympischen und Paralympischen Spiele umfasst. Dieses Konzept muss unbedingt in enger Zusammenarbeit mit der gesamten Stadtgesellschaft entwickelt werden.
- Sollte Berlin den Zuschlag für die Olympischen Spiele erhalten, wird der Wohnungsbau in Berlin und der umliegenden Region noch weiter verstärkt. Wir erwarten, dass sämtliche Wohnungen, die unter staatlicher Regie errichtet werden, dauerhaft dem Mietwohnungsmarkt zur Verfügung gestellt werden. Unabhängig davon, ob der Staat direkt oder indirekt als Bauherr fungiert. Wie bereits in der Vergangenheit gezeigt hat, werden für das olympische Dorf viele kleinere Wohnungen für Sportler benötigt. Wir erwarten, dass eine Nutzung durch die Tourismusindustrie, wie beispielsweise Hotels, ausgeschlossen wird. Stattdessen streben wir an, das olympische Dorf dem Studierendenwerk zu übergeben. So können die Wohnungen langfristig von Studierenden genutzt werden.

- Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Investitionen in die Sportstätten nicht nur während der 14 olympischen Tage ihre Wirkung entfalten, sondern langfristig dazu beitragen, Berlin als Sportstadt zu stärken. Es besteht ein dringender Bedarf an neuen Sportanlagen in Berlin, angefangen von Übungsplätzen bis hin zu Schwimmbädern. Alle Investitionen sollten darauf ausgerichtet sein, den Breitensport und den Schulsport nachhaltig zu fördern. Wir setzen voraus, dass diese Maßnahmen Teil des umfassenden Gesamtkonzepts sind. Ein integraler Bestandteil des Gesamtkonzepts sollte auch die langfristige Unterstützung des Breiten- und Schulsports sein, selbst im Falle des Scheiterns der Olympia-Bewerbung.

- Unser Ziel ist es, sicherzustellen, dass sich das moderne Berlin im Jahr 2036 auch in der Außenwahrnehmung deutlich von Berlin im Jahr 1936 unterscheidet. Daher sollten bei einer erneuten Ausrichtung der Olympischen Spiele Menschenrechte, Toleranz und Demokratie deutlich im Fokus der Öffentlichkeitsarbeit stehen. Dies ist keineswegs selbstverständlich. Es besteht die große Gefahr, dass weltweit eine Art "36er-Tradition" wahrgenommen wird. Um diesem entgegenzuwirken, erwarten wir als ersten Schritt eine demokratische Entscheidung über das Gesamtkonzept des Senats. Hierfür halten wir die Durchführung eines Volksentscheids für angemessen. Ein positiver Volksentscheid würde tatsächlich die Glaubwürdigkeit der Berliner Bewerbung stärken. Denn Olympische Spiele, die demokratisch legitimiert sind, unterscheiden sich erheblich von Spielen, die in Diktaturen wie China, Russland oder dem nationalsozialistischen Deutschland stattfinden.

Wir erwarten von der Bundesregierung:

- Mit den Olympischen Spielen sind vielfältige Chancen verbunden, insbesondere im Bereich der Imagebildung und der Wirtschaft. Dieser Nutzen würde sich nicht nur auf Berlin beschränken, sondern auch regional und national spürbar sein. Daher erwarten wir eine deutliche finanzielle Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der Finanzierung der Spiele. Es ist unrealistisch und unangebracht, dass Berlin die Spiele alleine stemmt und dies auch nicht tun sollte. Dies gilt umso mehr, wenn die benachbarten Regionen und das gesamte Bundesgebiet ebenfalls von den Spielen profitieren.
Es ist wichtig, dass die Bundesrepublik Deutschland ihre Verantwortung erkennt und sich aktiv an der Finanzierung beteiligt. Dies gilt insbesondere für die sehr teuren Infrastrukturprojekte. Denn die positiven Auswirkungen der Spiele reichen weit über die Grenzen Berlins hinaus und tragen zur Stärkung des gesamten Landes bei. Eine solide finanzielle Unterstützung seitens des Bundes würde nicht nur Berlin

entlasten, sondern auch dazu beitragen, dass die Spiele erfolgreich und nachhaltig ausgerichtet werden können.
Es ist an der Zeit, dass die Bundesregierung ihre finanzielle Unterstützung zusichert, um sicherzustellen, dass die positiven Effekte der Olympischen Spiele sich in der gesamten Region und im gesamten Land entfalten können. Eine gemeinsame Finanzierung würde die Solidarität und Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Regionen Deutschlands stärken und den gemeinsamen Erfolg fördern. Es geht darum, die Chancen, die mit den Olympischen Spielen verbunden sind, bestmöglich zu nutzen und ein nachhaltiges Erbe zu schaffen, von dem alle profitieren können.
Wir GRÜNE zur Zukunft des Olympia-Sportgeländes und zum Stadion-Neubau durch Hertha BSC:

Das Olympia-Sportgelände hat eine lange Tradition als bedeutender Treffpunkt im Berliner Sportleben und wird bei der Olympia-Bewerbung von äußerster Wichtigkeit sein. Es spielt eine entscheidende Rolle sowohl im Schul- und Breitensport mit einer Vielzahl regelmäßiger Veranstaltungen, bei denen die Tore für alle geöffnet sind, als auch im Profisport. Aber auch unabhängig von der Olympia-Bewerbung stehen dem Olympia-Sportgelände große Zukunftsfragen bevor, die im Rahmen des Olympia 2036-Gesamtkonzepts berücksichtigt werden sollten.
Das Olympia-Stadion hat sich als einer der renommiertesten Veranstaltungsorte weltweit im Profisport etabliert. Dennoch finden auf dem Olympia-Sportgelände auch andere professionelle Sportveranstaltungen statt, die nicht immer das enorme Fassungsvermögen des Olympia-Stadions vollständig ausnutzen können. Dies hat leider aus verschiedenen Gründen negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der örtlichen Heimmannschaft.
Wir GRÜNE begrüßen daher ausdrücklich die Entscheidung von Hertha BSC, am Standort Olympia-Sportgelände festzuhalten. Wir unterstützen die Initiative von Hertha BSC, das Olympia-Sportgelände durch zeitgemäße Infrastruktur weiter zu verbessern. Wir erwarten, dass Hertha BSC diese Verbesserungen wie bereits angekündigt vollständig eigenständig finanziert. Wir sichern dem Verein jedoch zu, dass wir ihn bei der Bereitstellung des Grundstücks und der erforderlichen öffentlichen Erschließung politisch unterstützen werden.

Unterstützer*innen
Björn Hesse (KV Berlin-Mitte), Christiane Hohensee (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Heike Kähler (KV Berlin-Mitte), Heinz Rudolf Umlauf (KV Berlin-Mitte), Frank Geraets (KV Berlin-Pankow), Delphine Scheel (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Ruben Joachim (KV

Berlin-Pankow), Tanja Prinz (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Desiree Leinenbach (KV Berlin-Kreisfrei), David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei)